

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzeitung 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Vor Riesenkämpfen in der Industrie

Eine Mahnung an die Bauarbeiter

Die allgemeine Wirtschaftskonjunktur zeigt erst gewisse Ermüdungserscheinungen, auf keinen Fall kann schon von einem allgemeinen Konjunkturumschlag gesprochen werden. Die Unternehmer gehärden sich aber bereits, als stecken wir schon mitten in der Wirtschaftskrise drin, d. h., es wird kräftig Konjunkturpolitik gegen die Arbeiter gemacht. Die Führung haben dabei natürlich wieder die Unternehmer der Großindustrie.

Seit Wochen liegen am Niederrhein an die 50 000 Textilarbeiter auf der Straße. Ausgesperrt! Die Generalausperrung von 900 000 Textilarbeitern ist durch förmlichen Beschluß der Unternehmerorganisation angedroht. Des weiteren hat die berüchtigte nordwestdeutsche Gruppe der Eisenindustrie beschlossen, ihre Betriebe zum 1. November zu schließen. Kommen diese Beschlüsse zur Durchführung, dann werden in wenigen Wochen weit über eine Million Arbeiter arbeitslos auf der Straße liegen, ungezählt die Zehntausende, die als mittelbare Opfer dieser brutalen Gewaltpolitik ihre Arbeitsstellen verlieren werden.

Worum geht der Kampf in der Textilindustrie? Die Textilindustrie hatte in den letzten Jahren eine ausgesprochene Hochkonjunktur. Infolgedessen gelang es den Textilarbeiterverbänden, Lohnverbesserungen durchzusetzen. Daß diese nicht über das erträgliche Maß hinausgingen, beweist die Tatsache, daß die Textilarbeiter auch heute noch zu den schlechtest-bezahlten Arbeitern in Deutschland gehören. Fabrikarbeit der verheirateten Frauen in erschreckendem Umfang ist notwendig, um die Textilarbeiterfamilien halbwegs anständig durchs Leben zu bringen. Die Textilindustriellen aber gingen bereits vor einigen Monaten dazu über, die an sich unzureichenden und auch in der Hochkonjunktur nur unzulänglich erhöhten Löhne wieder abzubauen. Eine nicht sehr glückliche Bestimmung des Tarifvertrages bot ihnen die Handhabe dazu. Kürzungen der Akkordlöhne bis zu 20 Prozent wurden vorgenommen. Die Gewerkschaften waren dadurch genötigt, den Manteltarif zu kündigen und zur Wiederangleichung der Löhne entsprechende Anträge zu stellen. Die Arbeitgebervereinigung beantwortete diese Anträge mit der Forderung eines allgemeinen Lohnabbaues von 12½ Prozent. Trotzdem in keinem Betriebe gestreikt wurde und von beiden Seiten die Zusicherung abgegeben wurde, während der Verhandlungen keinerlei Kampfmaßnahmen durchzuführen, beschloß die Arbeitgeber am 10. September die Aussperrung in der M.-Glabach-Rheindt Textilindustrie für den 29. September. Die Arbeitgeber gaben in ihrer Kündigung selbst zu, daß dieser Beschluß erfolgt sei, noch ehe eine Stellungnahme der Arbeiterschaft zu den Arbeitgeberanträgen erfolgt war. Während die Gewerkschaften sich am 26. September zu einer Aussprache über eine eventuelle Beilegung der Differenzen mit dem Schlichtungsausschussvorsitzenden zusammenfanden, beschloß die Arbeitgebervereinigung — wiederum noch ehe ein Ergebnis dieser Aussprache feststand — die Aussperrung auch der Biersener Textilarbeiter.

Zu dieser Aussperrung lag keinerlei Grund vor. Der Lohnsatz der Biersener Textilindustrie war ungekündigt, Lohnhöhenbestanden nicht. Ohne Rücksicht auf den Einigungswillen der Gewerkschaften und die verschiedenen Vermittlungsversuche wurde die Aussperrung am 29. September in M.-Glabach, Rheindt und Biersen durchgeführt. Der Vorsitzende des staatlichen Schlichtungsausschusses lud am 9. Oktober die Parteien zu einer erneuten Verhandlung ein. Während dieser Verhandlungen und noch ehe das Ergebnis derselben feststand, wurde die Generalausperrung der Arbeiterschaft in Rheinland und Westfalen beschlossen. Am 10. Oktober fand eine erneute Zusammenkunft der Arbeitgeber in Düsseldorf

statt, in der von den Industriellen der erwähnte Beschluß auf Generalausperrung in ganz Deutschland gesetzt wurde. Wie die Biersener Aussperrung, könnte auch die angeordnete Generalausperrung nur durchgeführt werden unter Bruch laufender Tarifverträge.

Das ist ein Vorgehen, wie es brutaler kaum gedacht werden kann. Unwillkürlich erhält man den Eindruck, daß die Textilindustriellen den Kampf nicht nur in eigener Sache führen, sondern daß sie vorge-schickt wurden, um eine allgemeine Kampf-bewegung gegen die Arbeiterschaft einzuleiten.

In dieser Auffassung wird man noch bestärkt, wenn man sich den bisherigen Verlauf der Tarif- und Lohnbewegung in der rheinisch-westfälischen Schwerkzeugindustrie, der „berühmten“ Nordwestdeutschen Gruppe, etwas näher ansieht. Bekanntlich liegt auch in dieser Industrie das Lohnniveau außerordentlich niedrig. Wenn man hört, daß für Handwerker noch tarifliche Stundenlohnsätze von 78 Pf., für Hilfsarbeiter solche von 60 Pf. bestehen, dann erübrigt sich dazu eigentlich jedes Wort. Zwar operieren die Unternehmer stark damit, daß die „effektiven“ Stundenlöhne, d. h. die Akkordverdienste, wesentlich höher seien. Aber einmal arbeiten längst nicht alle Arbeiter in Akkord. Und zum anderen — wie hoch sind denn die so gepriesenen „Effektivverdienste“? Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (Nr. 240 v. 11. 10. 28) betrug der Facharbeiterdurchschnittslohn auf einem großen Werk — es wird nicht das ungünstigste herausgegriffen sein — im Juni d. J. 101,9 Pf., für Schlosser 99,8 Pf. Die Gesamt-durchschnittsverdienste der Belegschaft stiegen nach derselben Quelle im Zeitraum von Januar 1926 bis Juni 1928 in der weiterverarbeitenden Industrie von 70,5 auf 83,3 Pf., in den Hüttenwerken von 80,7 auf 97,7 Pf., diese zusammengerechnet, von 77,5 auf 93,3 Pf.

Ungeachtet dieser „zeitgemäßen“ Effektivverdienste — deren Richtigkeit übrigens nicht einmal einwandfrei feststeht — muß die Forderung der Metallarbeiterverbände auf eine Stundenlohn-erhöhung von etwa 15 Pf. wirklich als mäßig bezeichnet werden. Was aber boten die Eisenindustriellen an? Beibehaltung der bisherigen Löhne für ein weiteres Jahr! Lediglich für die reinen Zeit-löhner der untersten Lohnstufe sollte eine Zulage der-gestalt eintreten, daß sie als Mindeststundenverdienst ohne tarifliche Zuschläge 63 Pf. und damit mit den Zuschlägen wenigstens 67 Pf. je Stunde erreichen. Da die Gewerkschaften unmöglich auf ein solches „Angebot“ eingehen konnten, erfolgte kurzerhand der Beschluß seitens der Eisenindustriellen, zum 1. November die Betriebe restlos zu schließen.

Kein Zweifel, die Unternehmer der Großindustrie wollen den Kampf. Heftig weist die „Deutsche Bergwerkszeitung“ (Nr. 221) auf die „Aufrüstung der Gewerkschaften“ hin, es zeige sich, „daß die organisierte und kapitalmäßige Konzentration der Gewerkschaften gerade in dem verflochtenen Jahre recht erhebliche Fortschritte gemacht hat. Gerade diese organisierte und kapitalmäßige Konzentration der Gewerkschaften hat eine völlige Verschiebung der Kräfte im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt...“ Riefige Arbeitskämpfe sollen die als so bedrohlich empfundenen Gewerkschaftsklassen zum Weichwerden bringen. Und dann glaubt man die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen wieder diktiert zu können, mindestens will man in der Ausnutzung der sich ver-schlechternden Konjunktur unbehindert sein.

Diese Pläne und Absichten der sozialen Reaktion im Unternehmerlager sind recht eindringlich klarzu-

machen, ist notwendig, weil ja auch wir unserer nächsten großen Tarif- und Lohnbewegung entgegen-gehen. Bekanntlich laufen zum 31. März des nächsten Jahres die Reichs- und Bezirkstarifverträge des Bau-gewerbes ab. Es fällt uns nicht ein, unsere Unter-nehmer schwärzer zu malen als sie sind und ihnen jetzt schon alle möglichen dunklen Pläne zu unter-stellen. Aber sie haben eine Schwäche, die in der Vergangenheit schon manche ernste Verwicklungen im Gewerbe heraufbeschworen hat und solche im nächsten Frühjahr leicht wieder heraufbeschwören kann. Wir meinen ihre Schwäche gegenüber den Einflüsterungen und dem Druck der schwerindustriellen Reaktion. Es ist ja klar, das industrielle Unternehmertum, das seine Arbeiter mit völlig unzureichenden, teilweise geradezu menschenunwürdigen Löhnen abspießt und dieses Lohnelend am liebsten verewigen möchte, kann nicht wünschen, daß andere Arbeitergruppen sich in besserer Lage befinden. Es ist deshalb auch mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es versuchen wird, auf unsere nächstjährige Vertragserneuerung Ein-fluß zu gewinnen und das Verkündigungswort zu stören, vorausgesetzt natürlich, daß unsere Unter-nehmer selbst zur Verkündigung bereit sind, was auch noch keineswegs feststeht.

Gegen diese Gefahren ist die möglichst geschlossene und auch finanziell gut gerüstete Organisation der Bauarbeiter das beste Abwehrmittel. Erfolgreicher-weise können wir feststellen, daß wir in die neuen Verhandlungen so stark hineingehen, wie das zuvor noch nie der Fall war. Jedoch ein wunder Punkt ist vorhanden, und wir wollen ihn offen darlegen. Die Mitgliederzunahme, die im vorigen Jahre glänzend und in diesem Jahre immerhin noch ziemlich gut war, hat sich in den letzten Wochen so verlangsamt, daß man fast von einem Stillstand reden muß. Wir sind dicht an die 48 000 gekommen, aber nun scheint es nicht mehr voranzugehen zu wollen. Diese Stodung muß unter allen Umständen über-wunden werden. Die ernste Lage der Gesamtarbeiter-schaft, vor allem aber die bevorstehende Vertrags-erneuerung in unserem Gewerbe, zwingt uns dazu, die letzten christlich denkenden Bauarbeiter heran-zuholen, und deren gibt es noch eine große Menge.

Der Verbandsvorstand fordert deshalb alle Ver-waltungsstellenvorstände auf, sich sofort in Ver-trauensmännerkonferenzen mit den Ursachen der Ver-bundstodung zu befassen. Ziel muß sein, auf dem schnellsten Wege eine Reubelebung der Agitation her-beizuführen. Ueber den Erfolg der Werbearbeit ist zum 15. eines jeden Monats an den Hauptvorstand zu berichten.

### flotte Herbstbautätigkeit?

Auf dem Baumarkt haben sich, wie das In-stitut für Konjunkturforschung feststellt, in den letzten Monaten bemerkenswerte Veränderungen vollzogen. Während noch um die Jahresmitte deutliche Anzeichen für eine Verschlechterung vorlagen, sind neuerdings vom Wohnungsbau ausgehend Symptome in Erschei-nung getreten, die auf eine gewisse Belebung in den noch folgenden Monaten der Bauperiode hin-deuten. Die Zahl der Bauerlaubnisse für Wohnungen, die in früheren Jahren regelmäßig im Juni ihren Höhepunkt zu erreichen pflegte, ist in diesem Jahre während des Juli und August in den Groß- und Mittelstädten stark angestiegen. Sie hat in den beiden Monaten sogar die Höhe des Vorjahres überschritten. Damit haben sich die Aussichten für die Entwicklung auf dem Baumarkt bis zum Jahresende wesentlich gebessert. Die dem Wohnungsbau zugesprochenen lang-fristigen Kredite werden 1928 wohl nur um 5 Pro-zent gegenüber 1927 zurückbleiben, und da Zwischen-kredite sowie in auszeichnendem Maße Sparkassengelder und Mittel der Bodenkreditinstitute zur Verfügung standen, wird neuerdings damit zu rechnen sein, daß der Wohnungsbau 1928 um 5 bis 10 Prozent und nicht, wie vor kurzem noch anzunehmen war, um 10 bis 15 Prozent gegenüber 1927 zurückbleibt.

Durch die Besserung der Aussichten für die Woh-nungserstellung der nächsten Monate erhält die Be-schäftigung des Baugewerbes wie auch der am Woh-

nungsbau unmittelbar oder mittelbar beteiligten sonstigen Gewerbe eine wesentliche Stütze. Für das Baugewerbe selbst ist daneben noch die Entwicklung des gewerblichen und öffentlichen Baues von Bedeutung, deren Lage sich seit Jahresmitte nur wenig verändert hat. Die gewerblichen Bauaufträge lassen eine beachtliche Widerstandsfähigkeit erkennen. Während Zahl und Wert der Aufträge im zweiten Vierteljahr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgeblieben waren, wurde seit Juli auch hier die Vorjahrshöhe wieder überschritten. Die Gesamtbeschäftigung im Baugewerbe blieb nach der Statistik der Bauarbeiterverbände Mitte September jedoch noch immer hinter dem Vorjahrsstande zurück. Dabei hat sich die Beschäftigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gegenüber der Jahresmitte leicht gebessert.

Die Baustoffindustrien hatten bisher im ganzen etwa den gleichen Absatz aufzuweisen wie im Vorjahr. Ihre hohe Produktionsfähigkeit im ersten und auch noch im zweiten Vierteljahr hat trotz verhältnismäßig günstiger Absatzzahlen zu einem langsamen Anwachsen der Bestände geführt. Infolgedessen ist die Beschäftigung in der Industrie der Steine und Erden, im Gegensatz zum Vorjahr, bereits seit Juni wieder im Rückgang begriffen.

## Arbeiterschaft und Bodencreform

Ueber dieses Thema sprach Kollege Joos auf der Anfang Oktober abgehaltenen Tagung der Bodencereformer in Koblenz. Das Referat ist bedeutungsgemäß, daß wir es im Auszug wiedergeben. Joos führte u. a. aus:

Warum hat das Land mit dem besten sozialpolitischen System, Deutschland, die relativ stärkste soziale Spannung und die unruhigste Industriearbeiterschaft? Der entscheidende Gesichtspunkt ist der: Industrielle Arbeit und naturgemäße Lebensform sind bei uns stärker auseinandergeraten, als in anderen Ländern und Völkern. Das belegte der Redner mit folgenden Darlegungen:

Wir Deutsche haben einen Hang zur Uebertreibung. Was wir machen, das machen wir mehr als ganz. Auch im Unrichtigen. So marschierten wir in den Industrialismus hinein, etwas naiver und stürmischer als andere. Wir bemächtigten uns der Technik, und sie nahm uns gefangen. Unser Volk wuchs. Koch schneller wuchs die Konzentration an bestimmten Orten und in bestimmten Gebieteilen des Reiches. Die Wirtschaft wurde stark materialisiert, die Arbeit mechanisiert, die Verwaltung bürokratisiert, die Wohnweise massiert, die Familie isoliert, die Religion privatisiert und die Masse der Menschen radikalisiert. So traf uns der Weltkrieg. So gingen wir durch ihn hindurch. Und so traf uns die Katastrophe. Und

nun stehen wir da unter Zwangsläufigkeiten. Wir sind ärmer, wir müssen billiger produzieren, als früher. Also müssen wir stärker rationalisieren in der Arbeit und in den Betrieben. Das ist unser Schicksal. Rationalisierte Wirtschaft, rationalisierte Arbeit brauchen Ergänzung, Ausgleich. Was die Technik nimmt, muß vom Geiste wieder herein. Maschine muß durch Natur, Fabrik durch Heim, Mechanisierung durch Persönlichkeitskultur ausgleichlich werden. Die Wirtschaft, die das begreift, erhält sich. Die dafür blind ist, zerstört sich.

Man denkt an Zeit, an Recht, an Besitz

## Zwei furchtbare Baukatastrophen

haben sich in den letzten Tagen in Prag und in Paris ereignet. In Prag stürzte ein Neubau zusammen. 38 Tote wurden aus den Trümmern hervorgezogen. Ein weiterer Haus einsturz wenige Tage später in derselben Stadt verlief nur deshalb ohne menschliche Verluste, weil er sich nach Arbeitsluß ereignete. Ein Neubaeinsturz in Paris begrub etliche 20 Bauarbeiter unter den Trümmern. Die Zahl der Toten steht in diesem Falle noch nicht fest, sie dürfte aber ebenfalls sehr groß sein. Ueber die Landesgrenzen hinweg reichen wir den Hinterbliebenen der so grausam ums Leben gekommenen Berufskollegen die Hand und versichern sie unserer aufrichtigsten Teilnahme.

für die industrielle Lohnarbeiterchaft und glaubt, hierin die Entproletarisierung finden zu können. Joos weist nach, daß die Gewinnung von Zeit, Recht und Besitz noch keine Lebenssteigerung und Lebenserhöhung ohne weiteres bedeutet. Es sei alles nur Vorbedingung dazu. Außerdem sei die verfügbare Lohnsumme begrenzt. Und wir sehen zu, wie sie künstlich immer weiter begrenzt wird. Sie hängt mit etwas zusammen, was fest und geordnet sein sollte, tatsächlich aber beweglich und ungeordnet ist: der Bodenfrage. Demokratisierung der Aktienbeteiligung kann zwar mitbesitzende Arbeiter schaffen, aber noch kein in sich ruhendes Arbeitervolk. Dazu gehört Heim und Erde.

Wir leben unter Widersprüchen. Es wird eingemeindet, um siedeln zu können. Und es wird private Bodenpreispolitik gemacht, um verdienen zu können. Das eine schließt das andere aus.

Der Boden ist keine Ware gleich einer anderen. Er ist die Grundlage der Existenz des Gesamtvolkes. Er ist nicht herstellbar, nicht vermehrbar, nicht transportierbar. Darum ist seine Ver-

teilung so folgenreich. Darum muß die Rechtsordnung, unter die der vaterländische Boden gestellt ist, so geartet sein, daß sein Gebrauch der allgemeinen Wohlfahrt und einer gesunden Volkswirtschaft entspricht und Mißbrauch unmöglich gemacht wird. Der feste Arbeitsbauer sollte sich nicht identifizieren mit dem unsteten Spekulationsbauern, oder gar dem Grundstückspekulanten.

Der preussische Wohlfahrtsminister wird sein Städtebaugesetz bald im Landtag wieder einbringen. Hoffen wir, daß er mit den Widerständen endlich fertig wird. Der Reichshausstätten-gedanke marschiert. Die Zahl der Ausgeber mehrt sich. Fehlt nur noch billiges Bauhand. Hier ist die Lücke, die in den Grundrechten der Weimarer Verfassung umschrieben wird: das fehlende Bodenreformgesetz. Die volle Auswirkung des Reichshausstättengesetzes ist von der Bodenbeschaffung abhängig. Für die Kinderreichen wird das alte Glend in erhöhtem Maße wieder beginnen, sobald die krankhafte Verfügungsgewalt über den Wohnraum wieder in die Hände des Privatbesitzes zurückgelegt sein wird. Dann werden die Kinderreichen sehr schwer mehr Wohnung finden. Fällt die Zwangswirtschaft, so muß ein soziales Mietrecht an die Stelle treten. Das „Wohnstättenreformgesetz“ (Bodenreformgesetz) wird nicht mehr von der Tagesordnung des Reichstages verschwinden können. Das Gesetz wäre bereits unter Dach, wenn man sich der volkspolitischen Tragweite unserer beschämenden Behausungsziffer stärker bewußt wäre.

Die innere Not der Proletarier-Familien ist soweit vorangeschritten, daß die Bindungen einer Reichshausstätte oder eines Eigenheims nicht mehr schrecken. So unbekannt die Formen vom Erbbau noch sind, die Idee der Trennung zwischen Bodenbesitz und Hausbesitz ist wohl begriffen. Die Hauptsache ist, daß möglichst viele zu gesundem Wohnen und Siedeln gelangen können. Sicher gibt es auch in der industriellen Lohnarbeiterchaft Naturentfremdete. Gerade darum müssen wir das arbeitende Industrievolk für Boden, Garten und Heim zurückgewinnen. Niemand ist ärmer, als der reine Proletarier. Er kann nur arbeiten und leben, wenn die nicht ihm gehörenden Arbeitsmittel der Fabrik ihn brauchen können. Ein solcher Mensch ist ein halber. Er steht mit seiner Existenz gleichsam auf einem Bein. Soll er sicher auf zweien stehen, dann müßte er einen Flecken Erde haben.

Es ist gefährlich, wenn auch bei uns die Angst vor dem Leben um sich greift. Schon fladert der Lebenswille unseres Volkes unsicher, das Wachstum verlangsamt, die Städte werden steril. Und doch hat die Erde Raum für alle, wenn diese Erde nur weise verwaltet wird und nicht unweise der Willkür und dem Eigennutz verbleibt. Manche wollen Klei-

## Herbstwunsch

So möcht auch ich einst fühlen,  
Natur, wie du,  
Wenn ich im Herbst des Lebens  
Mich leg zu Ruh.  
Licht hat dich übergossen,  
Sich Leid geplagt,  
Warst jedem Glück und Freude,  
Auch angefragt.  
Und wie den vollsten Segen  
Sich ausgeteilt,  
Sich dich im Abendglobe  
Der Tod erteilt.

G. K.

## Ueber Abwässerwertverwertung

Es dürfte wohl bekannt sein, daß die Beseitigung der häuslichen Abwässer die dafür verantwortlichen Stellen oft vor eine ziemlich schwierige Aufgabe stellt. Dies ist besonders dann der Fall, wenn kein größerer Wasserlauf in der Nähe ist, dem man die Abwässer ohne Schädigung der Anlieger zuführen kann. Aber auch wenn eine ausreichende Vorflut (d. h. ein Fluß mit entsprechendem Gefälle und genügender Wassermenge) vorhanden ist, muß das Abwasser in den meisten Fällen gereinigt werden, bevor man es dem Vorfluter zuleiten darf. Diese Reinigung erfolgt zunächst mit Hilfe von Siebwerken, welche die groben Stoffe zurückhalten und dann, je nach Bedarf, durch Einschaltung von Abflutbecken, Kieselbecken und anderen Reinigungs- und Filteranlagen, bevor man das Wasser zum Vorfluter ableitet. In manchen Fällen werden dem Abwasser auch verschiedene Mittel zugesetzt, um eine Reinigung auf chemischem Wege zu erreichen.

Ist man auf solche Art das Abwasser soweit gereinigt, daß es ohne Schaden abgeführt werden kann, so entsteht die zweite Aufgabe: die Beseitigung des Abwasser-schlammes. Dieser wird bei dem bekannten Kieselverfahren unmittelbar dem landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Boden zugeführt. Das Verfahren hat jedoch den Nachteil, daß es große

Flächen erfordert, und seine Anwendung ist deshalb nur für kleinere Städte wirtschaftlich, die in nicht allzu großer Entfernung von der Stadt über geeignetes Gelände verfügen.

Von den übrigen Verfahren ist die Anordnung einer Schlammbelebungsanlage in Verbindung mit besonders gebauten Abflutbecken, den sogenannten Gutscherbrunnen, das wichtigste. Eine solche Anlage gestattet es, das Abwasser bis zur völligen Klarheit zu reinigen. Dabei ist hervorzuheben, daß bei diesem Verfahren keinerlei Belästigung durch üble Gerüche erfolgt, da die Gase, die sich in dem Schlamm entwickeln, durch besondere Vorrichtungen aufgefangen und für Beleuchtungs- und Heizzwecke nutzbar gemacht werden. Die Schlammbelebungsanlage erfolgt in der Weise, daß das Abwasser mehrere Stunden lang gut durchlüftet wird; dabei entstehen winzige Keimlebewesen (Bakterien) in großer Zahl, die dem Wasser immer wieder neu zugeführt werden und die Ausscheidung sämtlicher Unreinigkeiten bewirken. Der durch diese Bakterien „belebte“ Schlamm gelangt nun in die Gutscherbrunnen; das sind große Behälter, die in mehrere Stockwerke abgeteilt sind; dort geht dann der Schlamm in Gärung über und dabei schrumpft seine Masse auf etwa ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe zusammen. Man kann also bei dieser Methode mit verhältnismäßig kleinen Becken auskommen.

In Amerika läßt man vielfach den Abwasser-schlamm nicht ansäuern, sondern entwässert ihn und trocknet ihn dann, um ihn als stickstoffhaltigen, hochwertigen Dünger zu verwenden. Der verhältnismäßig große Stickstoffgehalt (bis 7 Prozent) entsteht durch die Fäulnis des Abwassers, wobei der Schlamm den Stickstoff aus der Luft zurückhält. Man hat berechnet, daß sich auf diese Weise auf je 25 Einwohner täglich ein Kilogramm Stickstoff gewinnen läßt. Obwohl dieses Verfahren an und für sich ganz brauchbar ist, stellt sich doch das Austrocknen des wasser-gesättigten Schlammes für deutsche Verhältnisse ziemlich teuer, so daß der Gewinn, der sich aus dieser Art der Schlammverwertung ziehen läßt, trotz der verhältnismäßig hohen Ausbeute an Stickstoffdünger nicht besonders groß ist.

Es erscheint deshalb zweckmäßiger, den Schlamm nach dem vom Ruhrverband in Essen ausgearbeiteten Verfahren in Naturdünger zu verwandeln, indem man ihn ansäuern läßt. Hierbei wird weniger Wert darauf

gelegt, daß der Schlamm besonders viel Stickstoff enthält, als vielmehr darauf, daß er fähig wird, im Boden gewisse Zersetzungsvorgänge in Gang zu bringen, die es den Pflanzen erleichtern, die Nährstoffe aus dem Boden aufzunehmen. Diese Fähigkeit, die Pflanzen zu besserer Verarbeitung der im Boden enthaltenen Nährstoffe anzuregen, besitzt der belebte und ausgefaulte Abwasser-schlamm in hohem Maße; außerdem erzeugt er Kohlenäure in der Erde, also einen Nährstoff, der für die Pflanzen ebenso unentbehrlich ist wie der Stickstoff. Wir haben in dem so behandelten Schlamm also ein Düngemittel, das genau dieselben Eigenschaften besitzt wie der Stalldünger. Da nun heute in der Landwirtschaft ein ausgesprochener Mangel an Stalldünger herrscht, weil die Zugtiere in immer zunehmendem Maße durch Motoren ersetzt werden, so bietet sich hier ein sehr willkommener Ersatz, wobei es nichts verschlägt, daß der Stickstoff, den der Schlamm beim Belebungsverfahren aus der Luft aufgenommen hat, während des Ausfaulens wieder zum größten Teil entweicht; denn auch der Stalldünger ist verhältnismäßig arm an Stickstoff und wird heute in Deutschland wohl nirgends mehr als einziges Düngemittel verwandt, sondern immer durch Kunstdünger mit größerem Stickstoffgehalt ergänzt.

Die Schlammengen, die in einer Absekanlage täglich entstehen, betragen ohne Schlammbelebungsanlage 10 Kubikmeter lufttrockenen, ausgefaulten Schlamm auf je 100 000 Einwohner; bei Anwendung des Schlammbelebungsverfahrens erhöht sich diese Menge auf 20 Kubikmeter täglich, also genau auf das Doppelte (!).

Wie bereits erwähnt, entsteht in den Faulräumen ein brennbares Gas, das sich in den Gutscherbrunnen ohne Schwierigkeiten gewinnen läßt, und das sogar einen höheren Heizwert besitzt als das aus der Kohle gewonnene Gas. Auf je 100 000 Einwohner können im Tag 300 Kubikmeter Gas in den Faulräumen gewonnen werden; das bedeutet bei einem Verkaufspreis von 8 Pf. für den Kubikmeter eine Nebeneinnahme von 64 RM. pro Tag oder rund 23 400 RM. pro Jahr.

Wir sehen also, daß man sich mit der heiklen Frage der Abwasserbeseitigung ganz gut abgefunden hat und daß die Verwertung des Abwasser-schlammes im allgemeinen nicht nur die Kosten der Abwasserbeseitigung deckt, sondern vielfach sogar noch einen Gewinn abwirft.

Dipl.-Ing. B. Richm.

und Kleinstwohnungen. Das ist ein Holzweg. Er führt zur Lebens- und Familienvereinigung.

Arbeitererschaft und Bodenreform gehören zusammen. Das Proletariatschicksal treibt aus sich heraus zu neuem Bodenrecht, zu neuer Bodenordnung, als Grundlage geordneten Volkslebens.

Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die diesjährige Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Zusammenfassung der christlich-nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen) in Bonn trug insofern ein besonderes Gepräge, als sie in Form der Arbeitsgemeinschaft eines geschlossenen Kreises um Klärung der im Augenblick akuten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme rang.

Aus der Wirtschaftspolitik, zu der Baitrusch, Berlin, eine kurze Einführung gab, schälten sich als besonders eingehend behandelte Fragen die Kartelle und Zölle sowie das Verhältnis zwischen Produzent und Konsument heraus. Bezüglich der Kartelle und Zölle leitete die rege und tief-schürfende Aussprache Dr. Fahn, Berlin. Die Kartellfrage dürfe nur im Zusammenhang mit der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden.

Die Diskussion über das Verhältnis zwischen Konsument und Produzent führte Genossenschaftsdirektor Schlaß, Köln. Die Verbraucher forderten als höchstes Prinzip die Bedarfsdeckung. Der Preis für die Bedarfsgüter müsse möglichst nahe den Produktionskosten liegen zur Steigerung der Kaufkraft.

Die Erörterung über die Sozialpolitik, in die Generalsekretär Dittke einführte, konzentrierte sich auf das Schlichtungswesen, die Sozialversicherung und die Berufsschule. Das Schlichtungswesen wurde aus dem Interesse des Gemeinschaftslebens heraus beachtet, das bei Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine weitgehende Verständigung verlangt.

Ueber die Reform der Sozialversicherung referierte Diller, Hamburg. Die Sozialversicherung könne als soziale „Belastung“ deshalb nicht betrachtet werden, weil sie den Staat in weitem Umfange von wohlfahrtspflegerischen Pflichten entlastet.

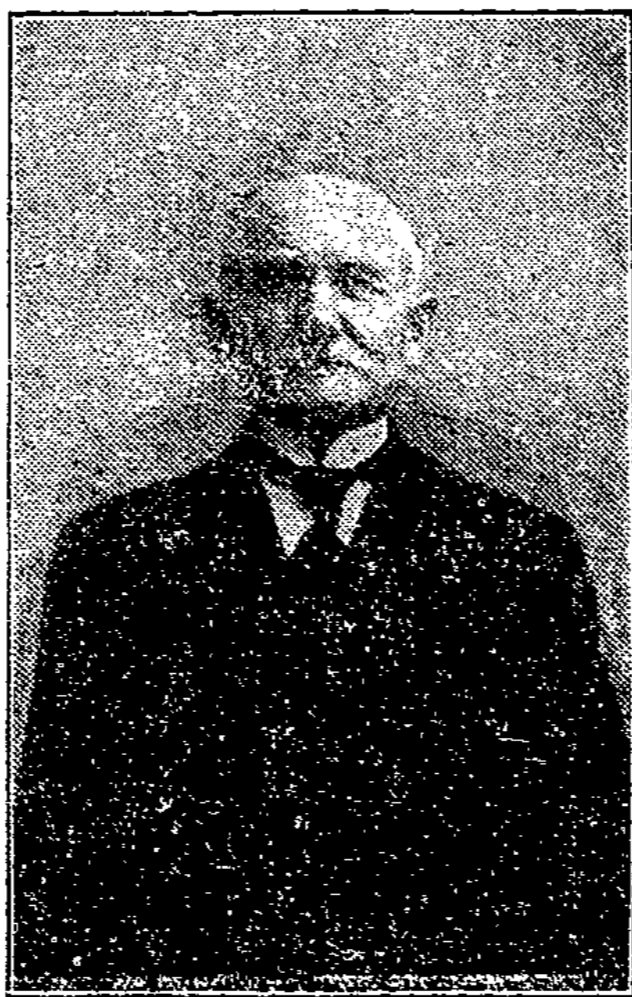
Eine besonders fruchtbare Diskussion löste die Frage der Berufsschule aus, die Dr. Silbermann, Berlin, einleitete. Sie wurde hineingestellt in das gesamte Problem der Schule und Bildung.

Am 27. Oktober 1928 ist der dreihundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

tätigen Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr durchgeführt werden und in ihrem höchsten Aufbau für die technischen Berufe die gleichen Berechtigungs-möglichkeiten geben, wie die sogenannten höheren Schulen.

Josef Andriksi 70 Jahre alt

Am 28. Oktober d. J. begeht der Kollege Josef Andriksi in Jordan (bei Schwiebus) die Vollendung seines 70. Lebensjahres. Bereits am 27. Dezember 1900 wurde er Mitglied unseres Verbandes.



vollsten Zufriedenheit des Hauptvorstandes. Bei seinen Kollegen und in der ganzen Gemeinde steht Josef Andriksi in hohem Ansehen. Sein schlichtes, grundehrliches Wesen, seine warmherzige Hilfsbereitschaft und sein vorbildlicher religiöser Lebenswandel sicherten ihm jederzeit und überall das Vertrauen und die Liebe seiner Mitmenschen.

Der Hauptvorstand kennt und schätzt die wertvolle Führerarbeit unseres Josef Andriksi seit Jahrzehnten. Heute, bei seinem Eintritt ins achte Lebensjahrzehnt, dankt er ihm aus ganzem Herzen für die bisher dem Verband geleisteten treuen Dienste und verbindet damit den innigen Wunsch, daß ihm noch ein langer und friedvoller Lebensabend beschieden sein möge.

Die Berufsschullehrer sollten möglichst aus dem Berufe selbst entnommen werden.

Zum Schlusse wurde eine Reihe innerorganisatorischer Fragen behandelt.

Allgemeine Rundschau

Gegen Unternehmerübermut — für das Recht der Textilarbeiter!

Der in der zweiten Oktoberwoche in Bonn tagende Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften faßte einstimmig folgende Entschlieung:

Die Textilarbeitererschaft des N.-Glabbacher Industriebezirkes ist ausgesperrt worden, nachdem die Arbeitgeber Affordloshreduzierungen vorgenommen, weitere Lohnkürzungen gefordert und eingeleitete Tarifverhandlungen abgebrochen haben.

Um die N.-Glabbacher Textilarbeiter auf die Knie zu zwingen, hat der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie die Gesamtaussperrung von 900 000 Textilarbeitern, trotz laufender Tarifverträge, beschlossen.

Der Ausschuss sieht in dem Vorgehen der Textilindustriellen eine Bedrohung der Bestrebungen der gesamten Arbeitererschaft. Die von den Arbeitgebern verlangte Aenderung des Schlichtungswesens, vor allem der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, erhöht diese Gefahren. Das öffentliche Interesse ist durch das Verhalten der Unternehmer der Textilindustrie bereits gefährdet.

Den ausgesperrten Textilarbeitern bekennt der Ausschuss seine Sympathie und verspricht ihnen weitgehendste Unterstützung.

Staat und Rationalisierung

Auf dem vierten Internationalen Christlichen Gewerkschaftskongress in München wurden folgende Aufgaben des Staates beim Rationalisierungsprozeß der Wirtschaft herausgestellt:

Der Staat soll durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen die Entwicklung des Tarifvertragswesens fördern und die nötigen Organe zur Schlichtung

der Arbeitskonflikte und zur Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schaffen bzw. ausbauen.

Er soll dafür sorgen, daß die Arbeitsaufsicht wirklich in der Lage ist, mit Hilfe der Gewerkschaften eine wirkliche Kontrolle der Durchführung der Rationalisierung im Wirtschaftsleben auszuüben.

Er soll untersuchen, welche Maßnahmen bei der neuen technischen Einrichtung der Betriebe für einen wirksamen Schutz der Arbeiter gegen körperliche und geistige Schäden, die aus den neuen Arbeitsmethoden entstehen, nötig sind, und dieselben baldigt durchführen.

Er soll durch Ratifizierung der von der Internationalen Arbeitsorganisation vorgeschlagenen internationalen Übereinkommen der Arbeitererschaft diesen allgemein erforderlichen Schutz angebeihen lassen.

Er soll besondere Maßnahmen treffen zum Schutze der Familie, namentlich was das Unterrichtsweisen, die Wohnungsfürsorge, die Frauen- und Kinderarbeit betrifft.

Er soll wissenschaftliche Institutionen auf psychotechnischem, sozialmedizinischem und statistischem Gebiete einrichten zur Untersuchung der mit der neuen Entwicklung zusammenhängenden Probleme.

Er soll die wirtschaftliche Entwicklung genau verfolgen und sich besonders einen dauernden und genauen Einblick in die Privatmonopole sichern und allen marktbeeinflussenden Großunternehmungen und Kartellen eine gesetzliche Registrier- und Offenlegungspflicht auferlegen. Bei dieser Kontrolle und bei Eingriffen in ihre Tätigkeit sollte der Staat sich des Rates der sachkundigen Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in geeigneter Form bedienen.

Er soll die Bindung des Handels hinsichtlich seiner eigenen Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen durch die Kartelle und Markenschutzverbände verbieten.

Arbeiter und Bauern

In seiner Rede auf dem Mannheimer katholischen Arbeitertag machte unser Kollege Heinrich sehr bemerkenswerte Ausführungen über die Not und Zusammenarbeit der beiden Stände. Er führte u. a. aus:

„Wir christlichen Arbeiter begrüßen den Kampf, den unsere Bauern gegen die weitere Bodenverschuldung und Güterspekulation führen. Wir sind gewillt, gemeinsam mit der Bauernerschaft einen ausbeuterischen und volkswirtschaftlich schädlichen Zwischenhandel zu bekämpfen. Wissen wir doch, daß dieser Zwischenhandel dem Aufstieg der Arbeitererschaft stark entgegensteht. Wir regen deshalb an, und reichen den Bauern unsere Hand, daß die Vorurteile zwischen Bauern und Arbeitererschaft, diesen Hauptträgern der nationalen Produktion, beseitigt und eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen wird.“

Man darf gespannt sein, was die Bauernorganisationen zu diesen von richtiger Erkenntnis getragenen Ausführungen zu sagen haben. Sehr ermutigend scheint das Echo nicht zu werden, denn wie wissen die Bauern in ihren Zusammenkünften wiederum nichts Besseres zu tun, als gegen die Arbeitslosenunterstützung Sturm zu laufen. Als wenn es ihnen besser gehen könnte, wenn die Arbeitererschaft keine Arbeitslosenunterstützung bekäme und sich infolgedessen noch mehr in ihrer Lebenshaltung einschränken müßte!

Die Kosten der Wohnungsbewirtschaftung

In der Hausbesitzer- und Wirtschaftspartei-Presse findet man übertriebene Berechnungen über die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft. Danach soll die Durchführung rund 60 000 Beamte beschäftigen, die an Gehältern fast 300 Millionen RM. beziehen. Dazu kämen noch die jährlichen Verwaltungskosten mit rund 100 Millionen RM., die Prozeßkosten der Mieteinigungsämter mit rund 120 Mill. RM., ferner die durch den Verkehr mit den Wohnungsämtern hohen Lohnausfälle, kurz und gut, es wird von gewissen Interessenten „berechnet“, daß die unmittelbaren Ausgaben der Wohnungszwangswirtschaft jährlich rund 600 Mill. RM. betragen. Diesen Schauergerüchten tritt Oberbaurat Peters (Hamburg) in der „Bauwelt“ durch eine sachgemäße Berechnung entgegen. Er berechnet die Ausgaben der Wohnungs- und Mieteinigungsämter und anderer gerichtlicher Instanzen für das Deutsche Reich mit 52 Millionen RM., immerhin schon ein erheblicher Unterschied gegenüber den von der Wirtschaftspartei- und Hausbesitzerpresse berechneten 600 Mill. RM. Die Zahl der bei den Wohnungsämtern, Mieteinigungsämtern und Gerichten mit dem Wohnungswesen betrauten Beamten wird für das ganze Deutsche Reich mit etwa 5000 berechnet, gegenüber der tendenziösen Berechnung von 60 000 Beamten. Schon die Gegenrechnung des sachverständigen Oberbaurats Peters zeigt, wie die in den Hausbesitzer- und Wirtschaftspartei-Zeitungen aufgemachten Berechnungen auf ganz schwachen Füßen stehen und offensichtlich nur den Zweck verfolgen, gegen die Mieterchutzgesetzgebung Sturm zu laufen.

Zur Ergänzung hierzu sei mitgeteilt, daß alle Meldungen über einen bevorstehenden weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, sowie über eine anderweitige Regelung der derzeitigen Vorschriften über Untervermietung von Wohnräumen jeder tatsächlichen Unterlage entbehren.

### Aus dem Verbandsleben

**Verwaltungsstelle Contwig (Pfalz).** Am Sonntag, den 7. Oktober, fand im Lokal „Wiesn“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Mayer erstattete einen kurzen, klaren Bericht über die Kaiserslauterner Tagung der Verwaltungsstellen Kaiserslautern, Contwig und Arzheim. Er führte etwa aus: Wir begrüßten in Kaiserslautern aufs herzlichste die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung, die gerade für die Pfalz etwas dringend notwendiges war, aber auch in bezug auf die Agitation für uns sehr wertvoll sein wird. Denn die Pfalz als besetztes Gebiet hat einen ungünstigeren Arbeitsmarkt als das unbesetzte Gebiet. Des weiteren haben wir an der Bezirksleiter das Ersuchen gerichtet, er möge baldmöglichst eine Bezirkskonferenz einberufen, damit Verwaltungsangelegenheiten (Neubeziehung des Sekretariats Kaiserslautern) endlich einmal geregelt werden. Die Abhaltung eines Unterrichtskurses im kommenden Winter wurde als zweckdienlich erachtet, und ich richtete an die Mitglieder das Ersuchen, sich in der Diskussion darüber zu äußern. Weiter verlangt die Verwaltungsstelle Kaiserslautern, daß die Verwaltungsstelle Contwig ebenfalls 10 Pfennig Lokalbeitrag erhebt und an sie abführt. In der Diskussion wurde die Abhaltung eines Jugendkurses für gut befunden.

Das Verlangen der Verwaltungsstelle Kaiserslautern wurde Kritik abgelehnt, jedoch soll Kaiserslautern für Ausgaben, die unsere Mitglieder verursachen, eine spezifizierete Rechnung am Quartalschluß zuwenden, und wir werden dann dieselbe begleichen. Ein Antrag des Kollegen Semar auf Einführung eines Lokalzuschlages von 10 Pfennig wurde angenommen. Ebenfalls wurde ein Antrag des Koll. H. Müller, einen Wochenbeitrag von 1,65 Mark plus 10 Pf. Lokalbeitrag gleich insgesamt 1,75 Mark zu erheben, angenommen.

**Verwaltungsstelle Alsenz.** Am Mittwoch, dem 10. Oktober, hielt unsere Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung ab, zu der der Bezirksleiter, Koll. Lieblich, erschienen war. In dieser Versammlung wurde wieder ein Kollege für 2jährige Mitgliedschaft durch Ueberreichung der Ehrennadel und eines Diploms geehrt. Koll. Pape sprach im Namen des Hauptvorstandes, Bezirksvorstandes und der Verwaltungsstelle dem Kollegen Julius Neumann die herzlichsten Glückwünsche aus. Er beruhte dabei, daß wir in Alsenz in der letzten Zeit fast in jeder Versammlung einen oder mehrere Kollegen für 2jährige Mitgliedschaft ehren konnten. Unsere Verwaltungsstelle ist eine der ältesten in unserem Verband; Kollege Wiedeberg gründete sie im Jahre 1900. Insgesamt sind bis zum 1. Oktober 1928 schon 16 Kollegen geehrt worden. Es sind dies folgende: Fr. Zardmann, Fr. Förstle, Julius Neumann, Ant. Karzejewski, Jos. Marsch, Ant. Lange, Karl Rudelst. Ed. Kastrup, Fr. Eising, Joh. Werdowski, Karl Sagusat, Sygo Barck, Jos. Dombrowski, Fr. Broziński, Ant. Wehrmann und Joh. Kaprowski. Die letzten vier sind inzwischen verstorben.

Im Anschluß an die Ehrung hielt Koll. Lieblich einen längeren Vortrag über grundsätzliche Fragen unserer Bewegung und kam dann auch auf die wirtschaftlichen Aufgaben unseres Verbandes zu sprechen. Er hob den Kollaps unserer Tarife hervor und empfahl den Kollegen, rechtzeitig ihre Wünsche und Forderungen zur Verbesserung unseres Reichs- und Bezirksbeitrages der Lohn- und Verhandlungskommission zu unterbreiten. Auch in den kommenden Versammlungen müssen wir uns mit diesen Fragen beschäftigen.

Kollege Koll. Pape einen Bericht über den augenblicklichen Stand der Arbeitslosenversicherung (Krankenzu-, Krankenversicherung usw.) gegeben und eine längere Aussprache darüber stattgefunden hatte, fand die gesehene Versammlung nach 3stündiger Dauer ihren Abschluß.

**Verwaltungsstelle Chemnitz-Lagan.** Am 13. Oktober fand in Eugen im Restaurant „Deutsches Bierhaus“ eine Konferenz der Verwaltungsstelle Chemnitz-Lagan statt. Alle Ortsgruppen waren zahlreich vertreten. Aus anderen der christlichen Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Arbeit“ angehörenden Berufsverbänden von Lagan und Umgebung waren ebenfalls Vertreter anwesend. Kollege Günzel eröffnete die Konferenz und begrüßte die Erschienenen mit einem besonderen Hinweis auf die Bedeutung dieser ersten Verwaltungsstellenkonferenz im Erzgebirge. Einen besonderen Gruß richtete er an den anwesenden Bezirksleiter, Kollegen Herrmann (Berlin). Nachdem unsere Bauarbeiterchöre (mit Gitarrenbegleitung) Vorstellungen darboten, nahm Kollege Herrmann zu längeren Ausführungen das Wort. Er wies nach, daß gerade in den letzten Jahrzehnten eine christlich-nationale Bewegung sich als dringend notwendig erwiesen habe. Besonders sei der Einfluß der christlichen Gewerkschaft bei der Gestaltung der Sozialpolitik, Steuerpolitik usw. nicht zu unterschätzen. Dringend notwendig sei eine staatliche Beeinflussung der Preisgestaltung. Eine staatliche Kontrolle des Kartellwesens sei ebenfalls nicht länger zu entbehren. In allen diesen Fragen hat die Arbeiterchaft das größte Interesse. Eine vernünftige Regelung kann nur durch einen starken Einfluß der christlichen Gewerkschaft erreicht werden. Der Redner ging dann auf das Wesen der freien Gewerkschaften ein und hob scharf die grundsätzlichen Gegensätze zu den christlichen Gewerkschaften hervor. Er schloß mit dem Appell an alle Kollegen, es als eine ganz wichtige Pflicht zu betrachten, für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften auf dem heiligen Boden des Erz-

gebirges einzutreten. Es kann für die einzelnen Kollegen kein größeres Gefühl der Befriedigung geben, als an der Hebung unseres Standes mitzuarbeiten, und das können wir nur, wenn der letzte Mann den christlichen Gewerkschaften, in diesem Falle dem christlichen Bauarbeiterverband zugeführt wird.

Die uns von unserem Bezirksleiter in Aussicht gestellte Belohnung in der Form eines Wimpels, wenn wir bis zu Weihnachten unsere Mitgliederzahl verdoppelt haben, werden wir uns bemühen, zu erhalten. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Günzel wurde die wohlgelungene Konferenz mit dem Lied „Treue dem Verbands“ geschlossen. In dem gemüthlichen Teil, der uns noch einige Stunden zusammenhielt, wurde weiter über Berufsfragen gesprochen.

Mögen andere sich verlieren  
Grollend in der Sorgen Qual,  
Ewig soll der Spruch uns zieren:  
Christlich, deutsch und sozial!  
Reich auf unsern Lebenswegen  
Wirkt sich aus dann unsere Kraft;  
Stete Treue den Kollegen,  
Treue auch der Führerschaft!

**Glabbeek (Fliesenlegerkonferenz).** Unter Bezugnahme auf die letzte Bundesbesprechung bei der Firma Ostermann in Buer-Beckhausen fand am Samstag, dem 13. Oktober, im Lokale Luz in Buer eine sehr gut besuchte Konferenz der Fliesenleger für die Verwaltungsstelle Glabbeek statt. Kollege Luz (Buer) begrüßte die Erschienenen, darunter den Kollegen Einig (Glabbeek) sowie eine Anzahl Fliesenleger der Sektion Gelsenkirchen.

Er wies sodann auf Zweck und Ziel der Zusammenkunft hin und erteilte dem Kollegen Einig das Wort zu einem Vortrag über die Lage im Baugewerbe. Dessen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Anschließend wurden die Verhältnisse im Fliesenlegergewerbe innerhalb der Verwaltungsstelle Glabbeek eingehend besprochen. Mit großer Freude wurde die Mitteilung der Verbandsleitung entgegengenommen, daß die Plattenleger in dem Bereich der Verwaltungsstelle Glabbeek zu 90 Prozent Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes sind. Nunmehr müsse nach der fast reiflosen organisatorischen Erziehung zur endgültigen Bildung einer Sektion geschritten werden. Mit großer Einmütigkeit wurde der Kollege Luz (Buer) zum ersten und Kollege Boch (Glabbeek) zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Schriftführer fungiert Kollege Grebe (Beckhausen).

Einen breiten Raum in der Aussprache nahm die Einstellung zu der Frage des Nachwuchses im Fliesenlegerberuf ein. Die Ansicht ging fast allgemein dahin, daß man eine Einwanderung von Maurern in das Gewerbe nicht für zweckdienlich hält. Vielmehr ist man der Auffassung, daß ähnlich wie in anderen Berufszweigen, der Nachwuchs durch eine streng geordnete Lehrlingswesen herangebildet werden muß. Natürlich muß peinlichst darüber gewacht werden, daß keine Lehrlingszähneerei getrieben wird. Die Konferenz war dafür, daß eine Kontrolle in den einzelnen Plattenlegerbetrieben stattfindet, damit das natürliche Verhältnis zwischen Gesellen- und Lehrlingszahl eingehalten wird. In dieser Hinsicht wurden endgültige Beschlüsse nicht gefaßt. Die nächste Zusammenkunft wird sich mit dieser Frage noch ausführlich befassen.

Sodann wurde gerügt, daß es hier und da noch immer vorkommt, daß Bauunternehmer ihre Fliesenlegerarbeiten durch Maurer ausführen lassen. Dieses müsse unter allen Umständen unterbunden werden. Kollege Einig versprach in dieser Hinsicht die Fliesenleger zu unterstützen.

Zum Schluß wurde beschlossen, die Versammlungen abwechselnd in Buer und Glabbeek abzuhalten. Mit der Sektion Gelsenkirchen soll ein freundschaftliches Zusammenarbeiten in allen Berufsfragen erfolgen. In den jeweiligen Versammlungen in Gelsenkirchen, Buer und Glabbeek werden die beiden Sektionen durch Delegierte vertreten sein.

Die gesamte Aussprache, an der sich neben dem Vorstand die Kollegen Schemm (Horn), Kuth (Glabbeek), Höning, Müller und Hücher (Gelsenkirchen), beteiligten, zeigte, daß die Fliesenleger gewillt sind, mit allem Nachdruck ihre berechtigten Interessen zu verteidigen.

**Westerholt.** Die hiesige Ortsgruppe veranstaltete am 14. Oktober einen sehr gut verlaufenen Familienabend. Der Vorsitzende, Kollege Kötter, konnte eine große Anzahl Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen begrüßen. Des weiteren bewillkommnete er die Vorsitzenden des katholischen und evangelischen Arbeitervereins. Auch der Vertreter des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, Kollege Bissing, ein alter Freund des christlichen Bauarbeiterverbandes, hatte es sich nicht nehmen lassen, zu erscheinen.

Die Veranstaltung wurde mit einem flotten Marsch der modernen Kapelle der katholischen Bergjugend — der auch mehrere Mitglieder unseres Verbandes, darunter die Dirigenten Ludorf und Speith angehören — eingeleitet. Aus befreundeten Kreisen hatten sich zwei Humoristen zur Verfügung gestellt, die durch ihre heiteren Vorträge die Launen des Herzens weichten. Auch die Gesangsabteilung des katholischen Gesellenvereins Westerholt zeigte durch drei hübsche Vorträge die Höhe ihrer Kunst.

Im Laufe des Abends nahm Kollege Einig Gelegenheit, einige ernste Worte an die Versammelten zu richten. Trotz der gehobenen Stimmung fand er aufmerksame Zuhörer. Nach einem Ueberblick über die gesamte Wirtschaftslage, die jetzt in allen Bereichen Anlaß zu großen Sorgen für die Zukunft gibt,

richtete er vor allen Dingen an die erschienenen Frauen und Mütter seine Mahnungen. In Hand von praktischen Beispielen zeigte er ihnen, wie überaus wertvoll und fruchtbringend die Mitarbeit der Frauen für die Bewegung sein kann. Er forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, nunmehr mit neuem Mut an die harte Gewerkschaftsarbeit zu gehen. Der starke Beifall zeigte, daß Kollege Einig allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Anschließend richteten die Vorsitzenden des katholischen und evangelischen Arbeitervereins recht eindringliche Worte an die Anwesenden. Beide hoben hervor, daß die Zusammenarbeit der konfessionellen Arbeitervereine mit den christlichen Gewerkschaften von jeher ihre vornehmste Aufgabe gewesen sei. So sollte es auch für die Zukunft bleiben. Freuen sich beide Bewegungen auf christliche Grundlage. Mit einem Hoch auf die Ortsgruppe Westerholt und den gesamten christlichen Bauarbeiterverband schlossen beide Redner.

Das frohe Treiben nahm nun seinen Fortgang. Humoristische Vorträge, gesungliche Darbietungen, gediegene Konzerte der fleißig spielenden Werkjugendkapelle und flotte Tanzweisen wechselten in bunter Reihenfolge miteinander ab. Eine schöne Verlosung brachte manche angenehme Ueberraschung. So verlief der Abend in der schönsten Harmonie. Möge er sich zum Vorteil unseres Verbandes auswirken. Wir wollen aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß an dem Zustandekommen dieses Abends der gesamte Vorstand und die Hauskassierer, vor allem der Kassierer Kollege Faust, hervorragenden Anteil haben.

### Bekanntmachung

#### Bezirk Karlsruhe

Das erste pfälzliche Jugendtreffen unseres Verbandes findet am 4. November 1928 in Kaiserslautern statt. Anfang morgens punkt 10 Uhr im Binzenzimmer des katholischen Vereinshauses, Pariser Straße 16.

#### Tagesordnung:

1. Begrüßungsansprache durch den Verwaltungsstellenleiter G. Maurer.
  2. Die Aufgaben der Bauarbeiterjugend im christlichen Bauarbeiterverband. Berichterstatter: Reichsjugendleiter Kollege Leuninger (Duisburg).
  3. Freie Aussprache.
  4. Schlusswort des Bezirksleiters Fr. Heurich (Karlsruhe).
  5. Besichtigung des Gewerbemuseums in Kaiserslautern unter sachmännlicher Führung.
- Zu diesem ersten pfälzlichen Jugendtag unseres Verbandes sind alle jugendlichen Mitglieder der Pfalz auf das herzlichste eingeladen. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, einen Kollegen zur Konferenz zu schicken. Näher bei Kaiserslautern liegende Ortsgruppen sollten ihren Stolz darin erblicken, mehrere Kollegen zum Besuch der Tagung zu entsenden.
- Alles Nähere wird durch Rundschreiben den Ortsgruppen rechtzeitig mitgeteilt.
- Die Bezirksleitung: Fr. Heurich.  
Die Verwaltungsvorstände: Gustav Maurer, Karl Weber, Franz Neurohr, Franz Scharff.

### Sterbetafel

Am 11. Oktober starb unser Kollege **Heinrich Strathmann**, Stukkateur, infolge einer Vergiftung in seinem Berufe.

Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

Am 12. Oktober starb unser langjähriges Mitglied **Joh. Gg. Zöller**, Maurer, im 71. Lebensjahre infolge Darmgrippe.

Verwaltungsstelle Mainz.

Am 14. Oktober starb infolge eines Schlaganfalles nach langer Krankheit unser Mitglied **Stefan Jung**, Köln-Ehrenfeld.

Verwaltungsstelle Köln.

Ehre ihrem Andenken!

### „Original-Wanderlust“ = Werkzeuge,



wie  
**Teakwagen,  
Kellen, Glätter,  
Zollstöcke,  
Plattenlegerartikel**

Liefern in der bisher bekannten Qualität zu billigsten Preisen

(Liste franco)

**G. Rasch & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.**

Neue Preisermäßigung für  
**schmale Teakholz-Wasserwagen**

Längen	100	90	80	75	70	60	45-40	35-25	cm
Preis	3,50	3,30	3,10	3,00	2,90	2,70	2,50	2,30	2,00

Sch garantiert für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugesandt. Vor 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stukkateur- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigsten Preisen. Broschüre werden unentgeltlich versandt. Bei Bestellung Größe und Form angeben. Walter Richter, Düsseldorf-Unterrath